

Liefermonopol versus Transitmonopol: Russische und ukrainische Argumentationen im Erdgasstreit

Bollinger-Kanne, Josephine

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bollinger-Kanne, J. (2006). Liefermonopol versus Transitmonopol: Russische und ukrainische Argumentationen im Erdgasstreit. *Ukraine-Analysen*, 2, 12-14. <https://doi.org/10.31205/UA.002.03>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-NC-ND Lizenz (Namensnennung-Nicht-kommerziell-Keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-NC-ND Licence (Attribution-Non Commercial-NoDerivatives). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/4.0>

Analyse

Liefermonopol versus Transitmonopol. Russische und ukrainische Argumentationen im Erdgasstreit

Von Josephine Bollinger-Kanne, München

Zusammenfassung

Zur Jahreswende 2005/2006 schlugen die Wellen in den Verhandlungen zwischen der Ukraine und der Russischen Föderation in Sachen Erdgas wieder einmal hoch. Die beteiligten Akteure aus Politik und Wirtschaft auf russischer und ukrainischer Seite traten dabei im jüngsten Konflikt im Vergleich zu vorangehenden Verhandlungsgängen mit ihren Positionen und Argumenten besonders unversöhnlich auf. Der Beitrag gibt einen Überblick über die von den beiden Seiten im Verlauf des Streits bezogenen Positionen.

Russlands Positionen im Gasstreit

Am 7. Juni 2005 hielten der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende des russischen Erdgasgiganten Gazprom, Alexander Medwedjew, und Gazproms Stellvertretender Vorstandsvorsitzender, Alexander Rjasanow, eine öffentliche Pressekonferenz ab über „die Entwicklung der Zusammenarbeit Gazproms mit den Ländern der ehemaligen Sowjetunion im Bereich der Erdgaswirtschaft“. Zentral in ihren Ausführungen und den Antworten auf die Fragen der anwesenden Journalisten war die geplante Anhebung der Gaspreise auf europäisches Niveau bis zum Jahr 2007, von der nicht nur die Ukraine betroffen ist, sondern abgesehen von Belarus sämtliche GUS-Staaten. Dies begründete Rjasanow mit steigenden Kosten für Explorationen, Investitionen ins Pipelinenetz zum Ausbau der Lieferkapazitäten und nicht zuletzt mit den in den letzten Jahren stark gestiegenen Weltmarktpreisen für Energieträger. Um den Übergang für die betroffenen Staaten zu mildern, präsentierte er ein Dreijahresprogramm zur Preiserhöhung, das eine etappenweise Preisanpassung vorsah.

Für die Ukraine ebenfalls von großer Bedeutung ist die Transitfrage. Übliche Praxis mit Transitländern des „nahen Auslandes“, also der GUS, war nach Rjasanow bis dato die Gaslieferung zu Vorteilspreisen gegen Verrechnung der Transitzkosten. So erhielt die Ukraine 2004 im Gegenzug für den Transit von immerhin 80% der russischen Erdgasexporte nach Europa Erdgaslieferungen zu einem Preis von 50 US-Dollar pro 1000 m³, wobei die Transitzgebühren mit 1,09 US-Dollar pro 1000 m³ und 100 km angesetzt wurden. Um zu einer reinen Geldbezahlung für geliefertes Erdgas überzugehen, sollten – so Rjasanow – Gazproms Lieferungen an die Ukraine heruntergefahren und durch zentralasiatisches Gas ersetzt werden. Gazprom hätte so größere Mengen für den Export zu europäischen Preisen zur Verfügung. Gleichzeitig könnten im Handel mit der Ukraine

Exportzölle minimiert werden, die für zentralasiatische Erdgaslieferungen im Unterschied zu russischen Exportlieferungen nicht anfallen.

Die Preis- und Transitverhandlungen zwischen Russland und der Ukraine spitzten sich zum Jahresende 2005 immer mehr zu. Gazprom wollte den Gaspreis für die Ukraine zum Jahresanfang 2006 auf 160 US-Dollar erhöhen. Am 29. November 2005 teilte Rjasanow schließlich der Presse mit, dass Gazprom im Gegenzug eine Transitzgebührenerhöhung von 1,5 bis 1,75 Dollar akzeptieren wolle und ohne Vereinbarung ab Januar kein Gas in die Ukraine liefern werde. Anschließende Treffen zwischen russischen und ukrainischen Unternehmens- und Regierungsvertretern blieben ohne durchschlagenden Erfolg.

In einem Interview mit dem Fernsehsender Russia Today am 13. Dezember 2005 bekräftigte der Vorstandsvorsitzende der Gazprom Alexej Miller offiziell die Drohung eines Lieferstopps, falls die Verhandlungen bis zum 1. Januar 2006 nicht abgeschlossen seien und brachte zum Ausdruck, dass eine etappenweise Preiserhöhung nicht annehmbar sei. Gleichzeitig zeigte er sich kompromissbereit, sofern die Ukraine bereit wäre, Russland am Erdgaspipelinenetz zu beteiligen. Einen Tag später beklagte Alexander Medwedjew in seinem Auftritt beim großen russischen Fernsehsender NTV den Zeitverlust durch die fruchtlosen Verhandlungen und setzte die bis dahin diskutierte Preisforderung von 160 auf 220–230 US-Dollar herauf, die nach seinen Worten keinen Festpreis darstellten, sondern sich nach den Gegebenheiten des Weltmarktes richteten.

Rückendeckung bekam Medwedjew von Finanzminister Alexej Kudrin, der die Preiserhöhung für die Ukraine in diesem Umfang für gerechtfertigt hielt. In der Folgezeit trat der Minister für Industrie und Energie, Wiktor Christenko, der gleichzeitig Aufsichtsratsmitglied von Gazprom ist, entschieden für die Preiserhöhung ein. Präsident Putin unter-

stützte die Argumente Gazproms ebenfalls in öffentlichen Stellungnahmen und verwies auf die gestiegene Zahlungsfähigkeit der Ukraine im Zuge des Wirtschaftsaufschwungs.

Nachdem Gazprom seine Preisforderungen nicht durchsetzen konnte, stellte das Unternehmen in Abstimmung mit der russischen Regierung am 1. Januar 2006 die Lieferungen an die Ukraine ein, was mit Lieferrückgängen für mittel- und westeuropäische Abnehmer einherging. Dafür machte Gazprom die Ukraine verantwortlich, die sich unberechtigterweise Gas von den Transitlieferungen nach Europa abzapfte. Ministerpräsident Michail Fradkow und Industrie- und Energieminister Christenko wandten sich nachfolgend an die Europäische Union, damit diese vermittelnd tätig werde und wenn nötig auf die Ukraine einwirke. Die EU lehnte das Ansuchen jedoch ab.

Am 4. Januar 2006 kam es dann zwischen Gazprom, Naftohaz Ukrainy und RosUkrEnergo „zum Abkommen über die Regulierung der Beziehungen im Erdgasbereich“, zu der Präsident Putin Gazpromchef Miller und Minister Christenko im russischen Fernsehen beglückwünschte. Neben dem Abkommen wurden sechs Ergänzungen zu geltenden Verträgen vorgenommen und am 2. Februar 2006 ein Liefervertrag unterzeichnet.

Im Ergebnis erhöht sich für die Ukraine der Lieferpreis auf 95 US-Dollar pro 1000 m³ und die Transitgebühr auf 1,6 US-Dollar pro 1000 m³ und 100 km. Lieferpreis und Transitgebühren sind dabei entsprechend der Forderung von Gazprom nun formal völlig getrennte Bereiche. Dreh- und Angelpunkt der neuen Regelungen ist die Gründung einer Gemeinschaftsfirma von Naftohaz Ukrainy und RosUkrEnergo, die den Vertrieb der von RosUkrEnergo bezogenen russischen und turkmenischen Lieferungen in der Ukraine abwickeln soll.

Ogleich mit dem Abkommen vom 4. Januar 2006 eine gewisse Beruhigung unter den streitenden Parteien eintrat, verliefen die Verhandlungen bis zur Gründung der Gemeinschaftsfirma Ukrgaz-Energo mit Alexander Rjasanow als Unternehmenschef und der Unterzeichnung des Liefervertrags zwischen RosUkrEnergo und Ukrgaz-Energo am 2. Februar 2006 nicht konfliktfrei. Die Gazpromführung beschuldigte die Ukraine in der zweiten Januarhälfte mehrfach nicht vereinbarter Gasentnahmen, die die Lieferungen nach Europa beeinträchtigen würden und Putin wies in einem Zeitungsinterview am 7. Februar 2006 darauf hin, dass die ukrainische Hälfte von RosUkrEnergo ein „gaunerisches Schattendasein“ führe.

Die Argumente im Gasstreit aus ukrainischer Sicht

Den Vertretern der ukrainischen Regierung und der staatlichen ukrainischen Holding Naftohaz war daran gelegen, an der alten Regelung im Erdgasgeschäft festzuhalten. Dabei beriefen sie sich auf die „Ergänzung Nr. 4 vom 9. August 2004 zum Vertrag über Liefer- und Transitbedingungen russischen Erdgases über ukrainisches Territorium für den Zeitraum von 2003 bis 2013 vom 21. Juni 2002“, in der die Preise und Transitgebühren bis 2009 festgeschrieben worden waren.

Auf dem Treffen mit Vertretern Gazproms am 6. Dezember 2005 erklärten sie dementsprechend, dass der Übergang zur Verrechnung gegen Cash und die von Gazprom verlangten Preiserhöhungen nicht rechtens seien. Darauf hielten ihnen die Gazpromvertreter entgegen, dass die „Protokolle zum zwischenstaatlichen Abkommen über Liefer- und Transitbedingungen russischen Erdgases durch ukrainisches Territorium vom 4. Oktober 2001“ hinsichtlich Festsetzung der Preise und Tarife jährlich unterschrieben werden und die Unterschrift für das Protokoll 2006 noch ausstehe. Präsident Juschtschenko versuchte nach den gescheiterten Gesprächen in einem Telefonat mit Putin eine Einigung zu erzielen. Durchschlagende Ergebnisse erzielten Juschtschenko und Putin hier nicht, einigten sich aber darauf, den Erdgashandel „nicht zu politisieren“.

Aus Anlass eines weiteren Treffens zwischen russischen und ukrainischen Regierungs- und Unternehmensvertretern am 12. Dezember 2005 im russischen Industrie- und Energieministerium in Moskau, signalisierte Juschtschenko Bereitschaft, Gaslieferungen etappenweise innerhalb einer Übergangsfrist an Marktpreise anzugleichen. Gazproms erneut erhöhte Preisforderung bezeichnete der Stellvertretende Vorstandsvorsitzende von Naftohaz Andrej Lopuschanski als für die Ukraine nicht annehmbar.

Die von Miller und Medwedjew angebotene Verrechnung der Erdgaslieferungen gegen Anteile am ukrainischen Pipelinenetz über das ins Stocken geratene internationale Konsortium hat Brennstoff- und Energieminister Iwan Platschkow im Sinne Juschtschenkos ausgeschlagen.

Auch der ukrainische Ministerpräsident Juri Jechanurow zeigte sich nach einem erfolglosen Gespräch in Moskau unversöhnlich und forderte seine Regierung auf, alle Dokumente für eine Klage gegen die russische Seite beim Stockholmer Internationalen Schiedsgericht vorzubereiten. Kurz

zuvor hatte Medwedjew seinerseits mit der Anrufung des Internationalen Stockholmer Schiedsgerichtes durch Gazprom gedroht, sollte von der Ukraine Gas entwendet werden.

Gleichzeitig schlug Minister Platschkow beim „runden Tisch“ in Kiew eine stufenweise Preiserhöhung von 80 US-Dollar pro 1000 m³ für das erste Halbjahr bzw. Vierteljahr und eine Transitgebühr von 1,75 US-Dollar pro 1000 m³ Gas und 100 km vor. Als Begründung für die Übergangsfrist führte er an, dass an der russisch-ukrainischen Grenze keine Gaszähler angebracht seien, deren Montage Zeit in Anspruch nehme. Nachdem Platschkow den Eindruck vermittelt hatte, sein Vorschlag sei von der russischen Seite akzeptiert worden, dementierte Christenko dies und bestand auf den Preisforderungen im vollen Umfang.

Dem Vorwurf Gazproms, die Ukraine hätte während des Lieferstopps unerlaubt Gas entwendet, das für westeuropäische Abnehmer bestimmt sei, hielt Naftohaz Ukrainy entgegen, dass die reduzierten Liefermengen auf den Druckabfall im Pipelinenetz zurückzuführen seien. Genau wie Russland bat auch die Ukraine die EU um Vermittlung.

Das Abkommen vom 4. Januar wertete die Regierung der Ukraine dann als Erfolg, der die Erdgasversorgung der Ukraine langfristig zu annehmbaren Preisen sichere. Das ukrainische Parlament reagierte auf diese Einschätzung hingegen mit einem Misstrauensvotum.

In einem Interview, das am 13. Januar 2006 in der Financial Times erschien, legte Juschtschenko seinen

Standpunkt dar. Zum Misstrauensvotum führte er aus, dass dieses aus formalen Gründen nicht rechtskräftig sei und die Regierung folglich bis zu den Parlamentswahlen Ende März 2006 im Amt bleibe. Als wichtigstes Ergebnis des Gaskonfliktes führte er den Gaspreis von 95 US-Dollar pro 1000 m³ an der ukrainischen Grenze an. Zudem unterstrich er die Transitstärke der Ukraine und erklärte, dass das Pipelinesystem der Ukraine gehöre und dies auf Seiten der Ukraine nicht zur Disposition stünde.

Putins Erklärung, dass die Ukraine 50% an RosUkrEnergo halte, wiesen sowohl Ministerpräsident Jechanurow als auch der Leiter von Naftohaz, Alexej Iwtschenko, zurück. Auch Juschtschenko hatte bereits im oben genannten Interview betont, dass die Ukraine in keiner Weise irgendwelche Beziehungen zu RosUkrEnergo habe.

Fazit

Die Verhandlungen in Sachen Erdgas gehen nach wie vor mit einem harten Schlagabtausch weiter. Im Kreuzfeuer der Kritik steht die Zwischenhandlerrfirma RosUkrEnergo. Sprach sich Premier Jechanurow in einem Brief an seinen russischen Amtskollegen Fradkow am 14. Februar 2006 dafür aus, diese Firma durch eine andere Mittlerfirma zu ersetzen, plädierte zwei Tage später der russische Energieminister Christenko für den Verbleib von RosUkrEnergo. Gleichzeitig kam es im Verlauf des Erdgasstreites zu weiteren Konflikten in den russisch-ukrainischen Beziehungen. (siehe dazu den Überblick auf Seite 17–18)

Über die Autorin

Dr. Josephine Bollinger-Kanne ist unabhängige Osteuropaexpertin in München

Als Quellen dienten durchweg russische und ukrainische Nachrichtenagenturen und Zeitungen.

Chronik

Der russisch-ukrainische Erdgasstreit von Juni 2005 bis Februar 2006

7.6.2005	Die stellvertretenden Vorstandsvorsitzenden von Gazprom, Alexander Medwedew und Alexander Rjasanow, erklären auf einer Pressekonferenz, dass die Erdgaspreise für GUS-Staaten auf europäisches Niveau angehoben werden sollen. Um den Übergang für die betroffenen Staaten zu mildern, präsentieren sie ein Dreijahresprogramm zur Preiserhöhung, das eine etappenweise Preisanpassung vorsieht
15.8.2005	Im Zusammenhang mit der Abwicklung von Erdgasimporten aus Turkmenistan 2003 ordnet die ukrainische Staatsanwaltschaft die Durchsuchung der Büros von Naftohaz Ukrainy in Kiew an, um die Beziehung zwischen Naftohaz und Zwischenhändler RosUkrEnergo zu klären. Es werden Dokumente beschlagnahmt und Mitarbeiter vernommen.